

## Krisenmanagement und erste Bausteine für eine Politische Union

EUROPÄISCHER RATSGIPFEL VOM 28./29. JUNI 2012

28./29. Juni 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

**Der Junigipfel der Staats- und Regierungschefs widmete sich fast ausschließlich der Eurokrise.**

**Die Vertreter der Mitgliedsstaaten fassen zu einem Beschlüsse zur kurzfristigen Stabilisierung des Euroraums.**

**Zum zweiten wurde der Pakt für Wachstum und Beschäftigung verabschiedet.**

**Mit Hinblick auf die langfristige Entwicklung hin zu einer Politischen Union diskutierten die Staats- und Regierungschefs den Zwischenbericht der vier Präsidenten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Auf der Grundlage des Papiers soll in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament bis Ende 2012 ein Bericht ausgearbeitet werden. Die im Papier enthaltenen Elemente sind einen ersten Schritt hin zu einer Politischen Union. Die Erwartungen an den Gipfel waren im Vorfeld in unrealistische Höhen geschossen. Nach Diskussionen bis in die frühen Morgenstunden konnte eine Einigung sowohl zu den kurzfristigen Maßnahmen wie auch auf die Vorgehensweise in den kommenden Monaten erzielt werden.**

**Die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen wurden kurz am Rande der Tagung besprochen. Darüber hinaus wurde die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro bestätigt und Erklärungen zu den Themen Justiz und Inneres sowie Außenpolitik verabschiedet.**

### 1. Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung des Euroraums

Neben langfristigen Überlegungen zu Banken-, Fiskal- und Politischer Union, berieten

die Staats- und Regierungschefs über kurzfristige Hilfen für die Krisenstaaten Griechenland, Italien, Spanien und Zypern. Spanien und Zypern hatten erst vergangenen Montag offiziell Unterstützung für ihre Banken durch den Euro-Rettungsschirm EFSF beantragt. Die Finanzminister der Eurozone hatten in einem Vorgespräch bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Rekapitalisierung der dortigen Finanzinstitute mittels Hilfgelder signalisiert. Unklar sind bislang die Vergabebedingungen wie Höhe, Laufzeit und Zinsniveau. Eine direkte Bankkapitalisierung zum jetzigen Zeitpunkt hatte die Bundesregierung ausgeschlossen (s. u.).

Beim vorgeschalteten Gipfel der EVP-Regierungschefs hatten die Regierungen Spaniens und Griechenlands ihre Einsicht beteuert, dass es den Ländern aus eigener Kraft gelingen müsse die Krise zu bewältigen, in die sie sich selbst hinein manövriert hätten. Rajoy verwies abermals auf die Finanzpolitik der Regierung Zapatero, die mit der strengen Haushaltsdisziplin der Vorgängerregierung Aznar gebrochen hatte.

Spanien und Italien verknüpften dennoch ihre Zustimmung zum Wachstumspakt mit Forderungen nach Lockerung der Spar- und Reformauflagen, welche mit der Unterstützung der EFSF verbunden sind.

Vor seiner Abreise nach Brüssel sagte der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy, dass das Land kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stünde: Angesichts einer anhaltend hohen Arbeitslosenquote von ca. 25 Prozent, einer prognostizierten Neuverschuldung in 2012 von 6,4 Prozent des BIP und einem Teil der Banken vor dem finanziellen Kollaps, stand Rajoy, ebenso wie der italienische Ministerpräsident Mario Monti, unter großem innenpolitischen Druck. Den Finanzierungsbedarf der angeschlagenen spanischen Banken schätzten zwei unabhängige

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
MICHAEL HERRMANN

28./29. Juni 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Beratungsfirmen im schlimmsten Fall auf rund 62 Milliarden Euro. Die Eurofinanzminister hatten im Vorfeld des Gipfels bereits angekündigt ein Hilfspaket mit einem Volumen von bis zu 100 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen.

Beim Ratsgipfel selbst erhielt Rajoy dann Unterstützung seitens der französischen und der italienischen Regierung:

- EFSF bzw. ESM werden künftig unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit haben, Banken direkt mit Kapital zu versorgen (Details siehe Abschnitt 3). Dadurch soll einem Anstieg des Gesamtschuldenstands der Mitgliedstaaten durch die Bankenrettung begegnet werden. Hintergrund ist, dass bei einer Bilanzierung der Verbindlichkeiten durch den Staat als Kreditnehmer seine Bonität leidet und die erneute Kreditaufnahme noch teurer wird, die sog. Spreads also steigen. Der Präsident des Europäischen Rats Herman Van Rompuy begrüßte diese Entscheidung als „Durchbrechung des Teufelskreis zwischen Banken und Staatsanleihen“.

- Im Falle der spanischen Hilfen entfällt der bevorzugte Gläubigerstatus des ESM, welcher die EFSF ablösen wird. Öffentliche Kreditgeber, d.h. der Steuerzahler, kann damit ebenso wie private Gläubiger bei einer Bankenpleite mit seinen Rückzahlungsforderungen scheitern. Dafür wird das Investitionsklima für private Gläubiger verbessert.

- Das Instrumentarium der EFSF, bzw. des ESM, wird künftig flexibler nutzbar sein. So sollen Länder, die allen geforderten finanz- und wirtschaftspolitischen Verpflichtungen fristgemäß nachkommen auch ohne zusätzliche Spar- und Reformauflagen Gelder aus dem Fonds erhalten können.

Ziel dieser Veränderungen im bestehenden Instrumentarium ist es, die Aufnahme neuen Kapitals mittels Staatsanleihen für die europäischen Krisenstaaten zu erleichtern. Insbesondere Zypern und Spanien hatten zuletzt für Staatsanleihen mit mehrjährigen Laufzeiten knapp 7 % Zinsen bezahlen müssen. Dieser Wert gilt als mittelfristig nicht finanzierbar.

Die direkte Finanzierung von Finanzinstituten ist abhängig von der Einrichtung einer

integrierten Bankenaufsicht unter Einbindung der EZB. Haftung und Kontrolle sollen so in einer Hand bleiben.

## Anmerkungen

Angesichts der aktuellen Lage war die Verabschiedung auch kurzfristiger Maßnahmen zur Stabilisierung des Euroraums erforderlich. Für die bis zum 9. Juli auszuhandelnden Bedingungen für ein spanisches Hilfspaket greift jedoch lediglich die Regelung, dass die EU-Kreditgeber keinen bevorzugten Gläubigerstatus erhalten. Zum Schutz der aus Steuergeldern finanzierten Hilfskredite vor Ausfällen, muss es bei dieser einmaligen Ausnahmeregelung bleiben. Der Anreizeffekt für private Gläubiger ist fraglich.

Der Bundesregierung ist es gelungen eine unkonditionierte direkte Kapitalisierung von Banken durch EFSF bzw. ESM zu verhindern. Sie setzte sich mit ihrer Forderung nach einer Einführung einer integrierten Europäischen Bankenaufsicht unter Einbeziehung der EZB durch. Dies ist angebracht, denn Haftungs- und Kontrollmechanismen müssen gebündelt sein. Durch eine direkte Unterstützung von Finanzinstituten mithilfe europäischer Gelder ohne eine Überwachung auf EU-Ebene wären die Mitgliedsstaaten aus ihrer Verantwortung für die nationalen Banken faktisch entlassen.

Die schnelle und nahezu reibungslose Zusage von bis zu 100 Milliarden Euro für Spaniens Banken ist ein wichtiges Signal an die Finanzmärkte. Die beschlossene Zugangserleichterung zu Geldern aus EFSF bzw. ESM nützt insbesondere Italien. Der Verzicht auf eine Verknüpfung mit strengen Spar- und Reformvorgaben lässt das bislang wirksame finanz- und wirtschaftspolitische Korrekturinstrument stumpf werden. Darüber täuscht auch nicht der gestiegene Anreiz der Krisenstaaten, die europäischen Vorgaben einzuhalten und bereits frühzeitig um Hilfe zu ersuchen, hinweg. Die Bundesregierung ist zu Recht der Meinung, dass nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit nur durch Strukturreformen und nicht mittels Finanzhilfen geschaffen werden kann.

Die Wirksamkeit der genannten Beschlüsse hängt davon ab, dass die Einhaltung der Empfehlungen im Rahmen von Europäischem Semester, des Stabilitäts- und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

MICHAEL HERRMANN

28./29. Juni 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Wachstumspakts und des Mechanismus' zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte streng überwacht wird.

## 2. Annahme des Pakts für Wachstum und Beschäftigung

Im Rahmen des Gipfels verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung. Die Initiative umfasst Maßnahmen auf nationaler wie auf europäischer Ebene:

### a) Maßnahmen auf Nationaler Ebene

Kernstück ist die Umsetzung der von der Europäischen Kommission am 30. Mai veröffentlichten länderspezifischen Empfehlungen für Haushaltskonsolidierung und Strukturformen. Der Konsolidierungskurs soll aber nicht zu Lasten öffentlicher Investitionen in Forschung und Entwicklung erfolgen.

Weitere Instrumente: Aufrechterhaltung der Kreditversorgung der Wirtschaft und Restrukturierung des Bankensektors, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturformen (u. A. Verbesserung des Investitionsklimas für Unternehmen, Marktöffnung im Bereich von Netzwerkindustrien), Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch rasche Umsetzung nationaler Beschäftigungsprogramme, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, Abbau bürokratischer Hürden.

### b) Maßnahmen auf EU-Ebene

Die europäische Wachstumsagenda stützt sich auf drei Säulen: Beschleunigte Umsetzung Europäischer Rechtsakte, Stärkung von Investitionen sowie Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums im Rahmen von EU-Politiken.

Rechtsakte: Das Hauptaugenmerk liegt auf der Vertiefung des Binnenmarktes. Alle vorliegenden Rechtsakte sollen bis zum Ende des Jahres angenommen werden. Im Herbst wird zudem im Rahmen der zweiten Binnenmarktakte ein weiteres Maßnahmenbündel verabschiedet. Rasche Fortschritte fordern die Staats- und Regierungschefs auch bei der Umsetzung des Digitalen Binnenmarktes. Weitere Maßnahmen: Schaffung

des Energiebinnenmarktes bis 2014, rasche Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie, Beschleunigung der Schaffung des für 2014 vorgesehenen Europäischen Forschungsraums.

Nach langem Ringen gab es am Freitagmorgen eine Einigung zum einheitlichen europäischen Patent: Die leidige Sitzfrage wurde – nach zähen Verhandlungen zwischen Frankreich und Großbritannien – mit einem Kompromiss gelöst. Der Hauptsitz wird Paris mit „Zweigstellen“ in London und München.

Investitionen: Insgesamt werden 120 Milliarden (in etwa 1 % der Wirtschaftskraft der Eurozone) zur Stärkung des Wachstums mobilisiert.

Erstens: das Eigenkapital der EIB wird noch in diesem Jahr um 10 Milliarden auf 60 Milliarden erhöht; daraus erhofft man sich zusätzliche Investitionen in Höhe von 180 Milliarden. Der französische Staatspräsident Hollande hatte diese Mittel in seinen Berechnungen vorher schon als Verfügungsmasse eingeplant, was im Vorfeld zu Irritationen geführt hatte.

Zweitens: Die Pilotphase für die so genannten Projektbonds wird unmittelbar gestartet. Diese soll 4,5 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen für Projekte, insbesondere im Bereich Energie- Transport und Breitbandinfrastruktur hebeln.

Drittens: noch unausgeschöpfte Strukturfondsmittel werden zur Risikoteilung mit der EIB und als Kreditgarantien genutzt. Weitere 55 Milliarden werden künftig für die Unterstützung wachstumsfördernder Maßnahmen in den Krisenländern verwandt.

EU-Politiken: Sie soll verstärkt gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen vorgehen und gleichzeitig die Verhandlungen zur Bankguthabenbesteuerung in Drittländern fortsetzen.

Weiterer Schwerpunkt: die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Instrumente: Ausbau von EURES (Europäisches Portal zur beruflichen Mobilität), die Stärkung der Mobilität junger Arbeitnehmer, die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen und die Wahrung von Renten- und Sozialversicherungsansprüchen, eine seit Langem bestehende Forderung der Arbeitgeberverbände. Auch hier ist die Ausgestaltung unklar. Die Schaffung Europäischer Sozialversicherungen ist nicht in Sicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
MICHAEL HERRMANN

**28./29. Juni 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Ein weiteres Element ist die Stärkung des Freihandels. Geplant: rascher Abschluss der Freihandelsabkommen mit Singapur und Kanada, Vorbereitung eines umfassenden Handels- und Investitionsabkommens mit den USA (möglicher Verhandlungsbeginn: 2013), Vertiefung der Handelsbeziehungen mit Japan.

Die Finanztransaktionssteuer wird mangels Konsens zwischen den Mitgliedstaaten vorerst nicht auf europäischer Ebene eingeführt. Einige Mitgliedstaaten (darunter Deutschland) werden hier im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit 9 anderen Staaten vorpreschen. Die dt. Opposition hatte, um die Verabschiedung zum Nachteil der Regierung zu erschweren, ein völlig sachfremdes Junktim zur Verabschiedung des Fiskalpaktes hergestellt. Die jetzigen Regierungsparteien könnten sich an derartige Spielchen erinnern, wenn sie mal als Mehrheitsbeschaffer gebraucht werden.

**3. Maßnahmen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion**

Ferner wollen die Eurozonenmitglieder die Koordination ihrer Wirtschaftspolitik verstärken.

Zudem verweisen die Mitgliedstaaten auf den Bericht der vier Präsidenten (Details s. u.) und die Dringlichkeit eines Integrierten Finanzrahmens. Die Staaten des Euro-Plus-Pakts wollen sich zudem stärker über konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung abstimmen. Darüber hinaus verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs zur raschen Ratifizierung des Fiskalpakts.

Der Maßnahmenkatalog entspricht in weiten Teilen den Ankündigungen des Informellen Rats vom 23. Mai. Über den Inhalt der Initiative bestand zwischen den Mitgliedstaaten weitgehender Konsens. Letztlich findet sich darin ein Großteil der im Rahmen des Anfang Juni veröffentlichten Papiers der Bundesregierung „Mehr Wachstum für Europa: Beschäftigung – Investitionen – Innovationen“ enthaltenen Forderungen wieder. Darin hatte die Bundesregierung den Schwerpunkt auf Strukturreformen, effizientere Nutzung bestehender Mittel sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitskräf-

temobilität gelegt. Die einzige echte Neuerung im Vergleich zum 23. Mai sind die länderspezifischen Empfehlungen für Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen der Europäischen Kommission. Entgegen Francois Hollande's Ankündigung im Rahmen des französischen Wahlkampfs ist die Realisierung des Wachstumspakets nicht von der Ratifizierung des Fiskalpakts abhängig.

**Anmerkungen**

Es bleibt abzuwarten, ob die geplanten Investitionen die erhoffte Hebelwirkung entfalten. Entscheidend ist ein effizienter Einsatz der Projektbonds für wirtschaftliche Projekte mit langfristigem Mehrwert. Der Schwerpunkte der Investitionen sollten auf Energie- Telekommunikations- und Verkehrsprojekten liegen.

Viel entscheidender für die Rückkehr auf den Wachstumspfad wird die Durchführung nachhaltiger Strukturreformen, die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission sowie die Einhaltung des Fiskalpakts sein.

Der französische Präsident verkauft den Wachstumspakt als seinen Sieg, allerdings sind die darin vereinbarten Maßnahmen nicht auf seine Initiative zurückzuführen. Dass die Strukturreformen tatsächlich realisiert werden, ist nicht absehbar. Insbesondere Frankreich setzt jetzt durchgängig auf die Rücknahme der von der Vorgängerregierung beschlossenen Reformpakete. Damit wird der eingeschlagene Weg nicht nur nicht fortgesetzt, sondern im Gegenteil wieder revidiert. Frankreich wird aufgrund der damit steigenden Staatsverschuldung nicht nur kein Stabilitätsfaktor mehr sein, sondern könnte bald ebenfalls der finanziellen Unterstützung bedürfen.

**3. Bericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion**

Darüber hinaus stellten Ratspräsident Herman van Rompuy, Kommissionspräsident José Barroso, Zentralbankpräsident Mario Draghi und der Eurogruppenvorsitzende Jean-Claude Juncker wie beim informellen Ratsgipfel am 23. Mai angekündigt, ihren Bericht für eine vertiefte Wirtschafts- und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
MICHAEL HERRMANN

**28./29. Juni 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Währungsunion vor. Das Papier „Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion“ umfasst vier Elemente zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion: einen integrierten Finanzrahmen („Bankenunion“), einen integrierten Haushaltsrahmen, einen integrierten Wirtschaftsrahmen sowie einen Absatz über die Fragen der demokratischen Legitimität und Rechenschaftspflicht

a) Integrierter Finanzrahmen

Ziel ist die Schaffung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht, eines europäischen Einlagensicherungssystem sowie eines europäischen Mechanismus zur Restrukturierung von Banken.

Auf der Grundlage des Berichts vereinbarten die Gipfelteilnehmer nicht zuletzt unter dem Druck der aktuellen Situation in Spanien und Italien (siehe Abschnitt 1) Folgendes:

Erstens: Die Kommission soll auf Grundlage von Artikel 127 VI Lissabon-Vertrag (AEUV) umgehend einen Vorschlag für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus liefern. Der Rat soll diesen bis Ende 2012 prüfen. Die EZB soll bei der Aufsicht eine entscheidende Rolle spielen. Ihr werden umfangreiche Kompetenzen zu einem präventiven Einschreiten übertragen. Erst nach der Einrichtung der Aufsicht (nach einstimmigen Beschluss der Eurostaaten), wird der ESM die Möglichkeit erhalten, Banken direkt zu rekapitalisieren (erneut ist ein einstimmiger Beschluss erforderlich). Präsident Hollande hatte gefordert den umgekehrten Weg zu gehen. Eine Rekapitalisierung wäre zudem an Auflagen geknüpft.

Zweitens: Ein europäisches Einlagensicherungssystem soll nationale Systeme ergänzen.

Drittens: Die europäische Restrukturierungsregelung könnte die geordnete Abwicklung maroder Banken ermöglichen.

Die Kontrolle des Einlagensicherungssystems und die Restrukturierungsfonds könnten durch eine noch zu schaffende und von den Banken finanzierte Restrukturierungsbehörde erfolgen. Der ESM würde als finanzieller Schutzschild dienen.

b) Integrierter Haushaltsrahmen

Der Bericht sieht umfassende Kompetenzübertragungen bei der Haushaltspolitik auf die europäische Ebene vor. Ziel ist die umgehende und effektive Korrektur nicht tragfähiger nationaler Haushaltspolitiken. Dafür schlägt der Bericht die gemeinsame Festlegung von Obergrenzen für den jährlichen konjunkturbereinigten Haushaltssaldo und den öffentlichen Schuldenstand der einzelnen Mitgliedstaaten vor. Eine darüber hinaus gehende Genehmigung von Schuldtiteln bedürfte einer Vorabgenehmigung. Offen ist, ob dieser Mechanismus automatisch greifen soll.

Die künftige Einführung gemeinsamer Schuldtitel finden sich ebenfalls im Papier, allerdings unter einigen Einschränkungen. Voraussetzung: Fortschritte bei der haushaltspolitischen Integration sowie die Existenz eines robusten Rahmens für Haushaltsdisziplin und Wettbewerbsfähigkeit. Ein solcher Prozess sollte an klare Kriterien gebunden sein und nur schrittweise passieren. Mögliche Formen wären Eurobills oder ein Schuldentilgungsfonds „auf mittlere Sicht“. Beide Vorschläge lehnt die Bundesregierung strikt ab, da sie die „Vergemeinschaftung von Schulden“ befürchtet.

Darüber hinaus nimmt der Bericht den Vorschlag Finanzminister Wolfgang Schäuble's zur Schaffung eines europäischen Finanzministeriums auf.

c) Integrierter Wirtschaftspolitischer Rahmen

Der Rahmen für die Koordinierung nationaler Wirtschaftspolitiken soll ausgehend von Prinzipien des Europäischen Semesters und des Euro-Plus-Paktes durchsetzbarer und verbindlicher gestaltet werden. Ziel: Vermeidung einer Destabilisierung durch nicht tragfähige nationale Politiken.

d) Stärkung der demokratischen Legitimierung und Rechenschaftspflicht

Angesichts dieser Kompetenztransfers auf die europäische Ebene sollen die Mitbestimmungsrechte des EP ebenso wie der nationalen Parlamente gewahrt bleiben.

Zeitplan: Bis zum Oktoberrat soll die 4er-Gruppe in enger Zusammenarbeit mit den

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
MICHAEL HERRMANN

**28./29. Juni 2012**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament einen Zwischenbericht erarbeiten. Im Dezember wird der abschließende Bericht vorliegen, damit am Frühjahrsgipfel 2013 die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden können.

Van Rompuy veranschlagte rund 10 Jahre für die Umsetzung der im Bericht enthaltenen Vorschläge. Die Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenaufsicht will man aber schnellstmöglich in Angriff nehmen.

Reaktionen: Keine Regierung lehnte das Papier rundweg ab. Die darin enthaltenen Vorschläge sind Arbeitsgrundlage für die kommenden Verhandlungen

Insbesondere beim Integrierten Haushaltsrahmen gibt es aber Bedenken. Die Bundesregierung

bemängelt eine zu starke Schwerpunktsetzung auf Mechanismen gemeinsamer Haftung. Ebenso wie die Niederlande oder Finnland lehnt die Bundesregierung die Einführung von Eurobonds zum jetzigen Zeitpunkt ab und sieht diese nur als möglichen Endpunkt der Entwicklung. Gemeinsame Haftung ist demnach ohne eine stärkere Haushaltskontrolle und einklagbare Verpflichtungen undenkbar.

Auf der anderen Seite sind Frankreich und auch Italien nicht zu einem Kompetenztransfer in Fragen der Budgethoheit bereit, fordern aber eine rasche Einführung einer gemeinsamen Haftung.

Die noch relativ undeutliche Formulierung einiger Begriffe und Pläne trug ebenfalls zur vorsichtigen Haltung einiger Mitgliedstaaten bei.

**Anmerkungen**

Grundsätzlich enthält der Bericht viele wichtige Bausteine für eine künftige Politische Union – wenngleich einige wenige Vorschläge kritisch zu sehen sind. Der Bericht ist kein fertiger Maßnahmenkatalog, sondern eine Arbeitsgrundlage für künftige Überlegungen. Die Autoren waren sichtlich bemüht, den einander mitunter widersprechenden Erwartungen der unterschiedlichen Mitgliedstaaten gerecht zu werden.

Die Konkretisierung der Vorschläge bis zum Jahresende ist gleichwohl eine enorme Herausforderung.

Erstens: Zahlreiche Begriffe und Vorschläge sind noch recht nebulös. Uneinigkeit besteht über die Rang- und die Reihenfolge der Maßnahmen.

Zweitens: Einige der vorgesehenen Maßnahmen sind durchaus im Rahmen des Lisabon-Vertrags zu verwirklichen, für andere würde aber eine Vertragsänderung notwendig.

Drittens: Es gibt nach wie vor keinen Konsens über die Rezepte zur Krisenbekämpfung. Auf der einen Seite steht die Überzeugung der Bundesregierung, den Ursachen der Krise nur mit langfristig ausgerichteten Maßnahmen und der Reparatur grundlegender Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) glaubwürdig begegnen zu können. Demnach dürfen Anreize zur Haushaltskonsolidierung und zu Strukturformen nicht durch die übereilte Einführung von Haftungsmechanismen abgeschwächt werden. Italien und insbesondere Frankreich betreiben eine fragwürdige Strategie zur Einführung von Eurobonds und anderen kurzfristigen Maßnahmen als Allheilmittel gegen die Krise.

Der Bundesregierung gelang es den zuvor abgesteckten Rahmen einzuhalten. Allerdings unter großen Schwierigkeiten.

Folgende Bereiche hatte sie im Vorfeld als nicht verhandelbar skizziert:

- keine direkte Bankenrekapitalisierung mit Mitteln aus dem EFSF/ESM
- keine Eurobills
- keine Eurobonds
- kein europäischer Schuldentilgungsfonds

Ganz nebenbei erledigten sich auch die Ambitionen des deutschen Finanzministers Eurogruppenchef werden zu wollen. Juncker bleibt wohl weiter auf dieser Position, kündigte aber an nicht mehr das komplette Mandat erfüllen zu wollen. In Beobachterkreisen war man sich jedoch schon seit der Wahl Hollandes einig, dass damit Schäuble aus dem Rennen war. Für Hollande war die Übernahme des Vorsitzes durch den deutschen Finanzminister inakzeptabel.

Wie sich bereits am 23. Mai andeutete, ist die Gefechtslage für Deutschland im Europäischen Rat unübersichtlicher geworden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
MICHAEL HERRMANN

28./29. Juni 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Standhafte Fürsprecher der deutschen Haltung bleiben Finnland, die Niederlande, bisweilen Österreich sowie außerhalb der Eurozone Schweden und Bulgarien. Polen steht der Bundesregierung zumindest wohlwollend gegenüber. Insbesondere dem finnischen Premier Jyrki Katainen ist in der Zukunft eine bedeutende Rolle zuzutrauen.

Das deutsch-französische Vertrauensverhältnis, ein Rückgrat für die Gipfel der vergangenen Jahre, ist hingegen gestört. Holland sucht häufig die Unterstützung der sozialistischen Partnerregierungen und der südeuropäischen Länder – unter Umgehung der Bundesregierung.

Der bisher im Grunde maßgebliche EVP-Gipfel verliert an Attraktivität. Die Tatsache, dass mit Präsident Sarkozy ein wichtiges stabilisierendes Element fehlt, führt zu erheblichen zusätzlichen Komplikationen. Absprachen im Vorfeld können mit dem staatsgläubigen französischen Präsidenten kaum noch getroffen werden. Der eigentliche Ratgipfel dauert so bedeutend länger, die Ergebnisse sind unklar.

Für Stirnrunzeln sorgte auch die Beobachtung, dass nicht auszuschließen ist, dass die deutsche Sozialdemokratie mit dem französischen Präsidenten und dem italienischen Premier gemeinsam eine perfide Taktik entwickelt hatte um die Bundesregierung bloß zu stellen.

Die deutsche Opposition hatte vor dem Gipfel klar gemacht, dass sie dem Fiskalpakt am 29. Juni nur dann zustimmen würde, wenn das sog. Wachstumspaket im Rat beschlossen werden würde. Monti und der spanische Premier Rajoy (dieser ließ sich wohl instrumentalisieren) machten dann mit Unterstützung Hollandes ihre Zustimmung zum Wachstumspaket, das eigentlich ihnen zum Vorteil gereichen sollte, von Zugeständnissen der Kanzlerin abhängig. Beobachter bezeichneten dieses Szenario als „wahrscheinlich“.

Unter diesem Druck kam die Bundesregierung Monti und Rajoy so weit wie irgend möglich entgegen. Diese stimmten dann zu. Die Kanzlerin konnte der Opposition ein entsprechendes Resultat präsentieren und so die erforderliche 2/3-Mehrheit für die Abstimmung im Bundestag sichern.

Dennoch ist Deutschland nach wie vor nicht isoliert, schließlich sind Frankreich und die südeuropäischen Länder alles andere als ein monolithischer Block: Grundsätzlich sind etwa auch Spanien und Portugal von der Notwendigkeit von Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen überzeugt. Das machte Rajoy auch beim EVP-Gipfel deutlich.

Die rasche Einigung auf die nächsten Schritte zur Einrichtung einer einheitlichen Bankenaufsicht ist ein wichtiges Signal – die Instabilität des europäischen Bankensektors ist die wohl unmittelbarste Bedrohung für die Eurozone. Bei den Plänen zur verstärkten Haushaltskontrolle wäre eine Automatisierung des Verfahrens zu begrüßen.

#### 4. Weitere Themen

##### **Erste Aussprache über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020**

Nachdem die Vorarbeiten zum MFR während der dänischen Ratspräsidentschaft Fortschritte machten, diskutierten die Staats- und Regierungschefs erstmals über den aktuellen Stand. Das Arbeitsdokument, die sogenannte „Verhandlungsbox“, hält die wichtigsten Rahmendaten des kommenden MFR fest: Haushaltstitel, Ausgabenschwerpunkte und Einnahmenschlüssel

Einigkeit bestand darin, dass der MFR ein zentrales Investitionsinstrument zum Generieren von Wachstum und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand ist. Es zeichneten sich bereits unterschiedliche Positionen ab, welche die Schwierigkeiten der bevorstehenden Verhandlungen zu den Ausgabedetails andeuten: Deutschland, unterstützt von den Nettozahlern, wird es schwer haben seine gewünschte Reduktion des Budgets durchzusetzen.

Die Verhandlungen stehen sowohl für den Oktober- als auch für den Dezembertag der Europäischen Rats auf der Agenda. Das gesetzte Ziel, noch dieses Jahr zu einer Einigung zu gelangen, scheint dennoch ambitioniert.

##### **Justiz und Inneres**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD  
OLAF WIENTZEK  
MICHAEL HERRMANN

28./29. Juni 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

Darüber hinaus bekräftigten die Mitgliedstaaten ihr Bekenntnis zur Einrichtung eines Europäischen Asylraums bis Ende 2012. Sie begrüßten die Fortschritte bei den Verhandlungen der zwischen Mitgliedstaaten, EP und Kommission umstrittenen Aufnahme- und Verfahrensrichtlinie sowie der Reform der Dublin-II-Verordnung.

Des Weiteren betonten die Staats- und Regierungschefs die Bedeutung der Freizügigkeit im Schengenraum. Die Verhandlungen zwischen Ministerrat und EP zur Reform der Schengengovernance gestalten sich bislang jedoch schwierig.

Diese Themen behandeln die Staats- und Regierungschefs bei einem der kommenden Gipfel möglicherweise ausführlicher.

### Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro

Die Staats- und Regierungschefs folgten dem Vorschlag des Rats für Allgemeine Angelegenheiten vom 26. Juni und bestätigten die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro.

Dieser Schritt war bereits beim Dezembergipfel 2011 erwartet worden. Mit Verweis auf Nachbesserungsbedarf beim Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption hatten die Staats- und Regierungschefs die Entscheidung aber verschoben. Am 22. Mai 2012 legte die Europäische Kommission einen Bericht vor, der dem Land umfassende Fortschritte bei der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bescheinigt. Gute Ergebnisse konnte Montenegro bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität, der Reform des Rechtssystems und der Verbesserung der Arbeit des Parlaments erzielen. Problematisch: die fehlende Unabhängigkeit der Justiz, die geringen Fortschritte bei hochrangigen Korruptionsfällen sowie der unzureichende Schutz der Pressefreiheit.

Die Kommission verfolgt nun in der Erweiterungspolitik einen neuen Ansatz: man verhandelt zunächst die schwierigsten Verhandlungskapitel: „Sicherheit, Freiheit und Recht“ (24) sowie „Justiz und Grundrechte“ (23). Zudem soll auf Drängen Schwedens Europol regelmäßig einen Bericht zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität vorlegen. Dieser fließt in die Bewertung der

Europäischen Kommission ein. Ziel ist die Erfüllung aller rechtsstaatlichen Standards rechtzeitig zum EU-Beitritt.

### Kernenergie

Die Staats- und Regierungschefs forderten die Mitgliedsstaaten dazu auf die Empfehlungen der Europäischen Arbeitsgruppe für nukleare Sicherheit und die Ergebnisse der Sicherheitstests alsbald umzusetzen. Eine Mitteilung der Kommission wird noch in diesem Jahr folgen.

### Außenpolitik

In einer Erklärung verurteilten die Staats- und Regierungschefs die anhaltende Gewalt in Syrien und riefen die Regierung zum Ende der Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung auf. Ferner forderten sie eine Umsetzung des 6-Punkte-Plans Kofi Annans sowie einen uneingeschränkten Zugang der Bevölkerung zu humanitärer Hilfe. Zudem riefen sie den UN-Sicherheitsrat auf, den Druck auf das Regime zu verstärken. Im Vorfeld des Gipfels hatten die EU-Außenminister am 25. Juni eine weitere Ausdehnung der Sanktionen gegen syrische Unternehmen und Einzelpersonen beschlossen. Der Boykott des Phosphat-Exports, einer der wichtigsten Einnahmequellen des Landes, fand vorerst keine Mehrheit. Darüber hinaus äußerten die Staats- und Regierungschefs ihre Besorgnis über das iranische Nuklearprogramm und riefen Teheran zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen und zur Aufnahme ernsthafter Verhandlungen im E3+3-Format auf. Der Europäische Rat begrüßte darüber hinaus das Inkrafttreten des EU-Öl-Embargos zum 1. Juli.

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

DR. STEFAN GEHROLD

OLAF WIENTZEK

MICHAEL HERRMANN

**28./29. Juni 2012**[www.kas.de](http://www.kas.de)[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

- 23. Mai      Europäischer Rat erörtert bei informellem Treffen neue Wachstumsstrategie
- 30. Mai      Europäische Kommission legt länderspezifische Empfehlungen vor
- 1. Juni        Irisches Referendum über Fiskalpakt erhält über 60% Zustimmung
- 4. Juni        Bundesregierung veröffentlicht Wachstumskonzept
- 6. Juni        Richtlinienentwurf zur Sanierung und Abwicklung von Banken und Wertpapieren von KOM
- 9. Juni        EU-Finanzminister einigen sich auf Finanzhilfen von bis zu 100 Mrd. Euro für Spanien
- 13. Juni      EP erteilt Ausschuss für Wirtschaft und Währung Mandat für Verhandlungen zum „Two-Pack“
- 17. Juni      Nea Dimokratia gewinnt Parlamentswahlen in Griechenland
- 17. Juni      François Hollande schlägt 120 Mrd. Euro Konjunkturpaket für die EU vor
- 18./19. Juni    G20-Gipfel: Staaten der Eurozone bekennen sich zu Schaffung einer Art Bankenunion
- 19. Juni      ESM-Urteil BVerfG: Regierung verletzte Informationsrechte des Bundestages
- 21. Juni      Deutschland und 9 Eurostaaten beschließen Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf dem Wege der „verstärkten Zusammenarbeit.“
- 21. Juni      Koalition einigt sich mit SPD und Grünen auf Bedingungen für Zustimmung zum Fiskalpakt
- 22. Juni      D, F, I, E einigen sich auf 130 Mrd. Euro Wachstumspakt
- 24. Juni      Bund und Länder einigen sich Zustimmung des Bundesrates zum Fiskalpakt
- 25. Juni      Spanien und Zypern stellen offizielle Anträge auf Finanzhilfen
- 25. Juni      „4 Präsidenten“ stellen Arbeitspapier zur Vertiefung der WWU vor
- 27. Juni      Angela Merkel trifft François Hollande zur Vorbereitung des Europäischen Rates
- 28./29. Juni    Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Brüssel
- 29. Juni      Abstimmung über ESM und Fiskalpakt in Bundestag und Bundesrat

